

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am
18.12.2017 im Schützenhof in Jever, Schützenhofstraße 47

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:36 Uhr

Teilnehmer/innen:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Behrens-Focken, Dieter
Bittner, Kathrin
Bödecker, Anne
Chmielewski, Iko
Damm, Jens
Eilers, Claus
Eilers, Hergen
Esser, Martina
Funke, Karl-Heinz
Gburreck, Fred
Haesihus, Heiner
Harms, Ronald
Homfeldt, Axel
Janßen, Dieter
Kaiser-Fuchs, Marianne
Krettek, Thorsten
Kühne, Lars
Kujath, Dörthe
Langer, Walter
Lies, Olaf
Loers, Diedrich
Michaelis, Friedhelm
Müller, Alfred
Neugebauer, Axel
Onnen-Lübben, Reinhard
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Ramke, Michael
Ratzel, Gerhard
Recksiedler, Raimund
Schlieper, Ulrike
Schönbohm, Heiko
Sudholz, Melanie
Tammen, Reiner
Ulfers, Holger
Wilken, Wilhelm
Wittke, Agnes
Zerth, Britta
Zerth, Stephan
Zillmer, Dirk

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin Dr.
Gerdes, Gerda
Rohlf-Jacob, Elke
de Vries, Britta
Karmires, Nicola
Vogelbusch, Silke

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender KTA Pauluschke eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt besonders Frau de Vries, die künftig Frau Gerdes im Landratsbüro unterstützt sowie die Vertreter des Jugendparlaments (JuPa), die erstmals an der Kreistagsitzung teilnehmen und heißt sie in „ihrem Kreistag“ herzlich Willkommen.

Jede/r Kreistagsabgeordnete/r erhält Informationsmaterial und die Neuerscheinung des Landkreis Friesland Buches „Faszination. Sehnsucht. Heimat.“.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr KTA Pauluschke stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14. September 2017

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Stellvertretender Bürgermeister Schönbohm heißt im Namen des verhinderten Bürgermeisters Albers den Kreistag in Jever willkommen.

In Hervorhebung der engen Verbundenheit zwischen dem Landkreis Friesland und der Stadt Jever spricht er die sichtlich vorangehenden Baufortschritte des neuen Kreisgebäudes und das Vorliegen einer planerischen Lösung zur örtlichen Parkplatzproblematik an. Für die Weihnachtszeit und das kommende Jahr wünscht er allen Gesundheit und weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

In der anschließenden Einwohnerfragestunde werden keine Fragen gestellt.

Herr KTA Just hat sich abwesend gemeldet.

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 18. Oktober 2017

TOP 6.1.1 Schöffenwahlen an den Amtsgerichten Jever und Varel für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023; hier: Entsendung von Vertrauenspersonen in den Schöffenwahlausschuss Vorlage: 0281/2017

Beschluss:

Der Berufung folgender Kandidatinnen und Kandidaten zu ehrenamtlichen Schöffen wird zugestimmt.

- 4 Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss am Amtsgericht Jever

Marianne Kaiser-Fuchs
Heinz Martin
Jens Damm
Heiko Schönbohm

- sowie 3 Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss am Amtsgericht Varel

Herr Hayo Sieckmann
Herr Wilhelm Wilken
Herr Claus Eilers

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.1.2 Oberschule Sande; Unterrichtung über eine Eilentscheidung des Landrates nach § 89 NKomVG zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe für Dacharbeiten

Die Eilentscheidung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.2 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 1. November 2017

TOP 6.2.1 Abriss und Neubau des sogenannten B-Traktes am Mariengymnasium in Jever (BauA 23.10.) Vorlage: 0268/2017

Dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Beschluss:

Dem Abbruch und dem Neubau als Erweiterung des B-Traktes am Mariengymnasium wird zugestimmt.

.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2.2 Heranziehung der Städte und Gemeinden zur Durchführung der Aufgaben nach dem SGB XII und AsylbLG; Evaluation und weitere Heranziehung / Kenntnisnahme, sh. ergänzend TOP 6.4.10 - Verabschiedung neuer Satzungen - Vorlage: 0255/2017

Bei der Evaluierung fehlt Frau KTA Wittke im Wesentlichen die Befragung der Betroffenen, insbesondere der Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII. Aus Sicht der ihr bekannten Betroffenen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die beim Ausfüllen der Unterlagen behilflich sind, bestehen für die Bezieher erhebliche Nachteile, da sie unter anderem beim Erhalt von Ablehnungen nicht wissen, wie sie nach Jever gelangen sollen, um ihre Rechte durchzusetzen. Ihr Bekannter, der mit dem Fahrrad von Zetel nach Jever gefahren sei, könne kein Maßstab sein. Diese Menschen, überwiegend Rentnerinnen und Rentner, sind häufig nicht mobil und aufgrund von Krankheiten oder Erwerbsminderung nicht in der Lage sonstige Verkehrsmittel zu nutzen. Aus diesem Grund lehnt Die Linke den Antrag ab.

Herr KTA Chmielewski erklärt, dass die MMW sich enthält, da seiner Auffassung nach, die Evaluation durch die Überlagerung der politischen Verhältnisse der letzten Jahre keine Aussagekraft aufweist.

Frau Vogelbusch kündigt Sprechstunden für Bürgerinnen und Bürger im DLZ Varel an.

Der Kreistag nimmt die Evaluation zur Kenntnis und beschließt in diesem Zusammenhang auch den TOP 6.4.10:

Beschluss:

Die beigefügten Satzungen zur Heranziehung der Städte und Gemeinden nach dem AsylbLG - inklusive Protokollnotiz - sowie nach dem SGB XII werden beschlossen. Sie treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	6
Enthaltung:	2

= mehrheitlich beschlossen

TOP 6.3 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 29. November 2017

**TOP 6.3.1 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses; Neubesetzung mit einer/m Vertreter/in der Ev. Kirche (JuhIA 26.10.)
Vorlage: 0276/2017**

Beschluss:

Der Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses mit Herrn Herko Zobel wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.3.2 Antrag der CDU Kreisfraktion Friesland auf Erhöhung der Zuschüsse zu den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen; Bildung einer Arbeitsgruppe (JuhIA 26.10.)
Vorlage: 0275/2017**

Mit Hinweis von Herrn KTA Chmielewski wird eine Korrektur des Kreisausschussprotokolls vom 29.11.2017 angefordert, da unter TOP 3.1.2 Frau Wittke der falschen Gruppe zugeordnet ist. Es muss heißen: Frau Wittke für MMW/ Die Linke. (Änderung ist zwischenzeitlich erfolgt)

Frau KTA Esser (Grüne) schließt sich der Arbeitsgruppe an.

Beschluss:

Der Erhöhung des Zuschusses auf 100,00 Euro und Bildung einer Arbeitsgruppe wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.3.3 Zustimmung zur Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes LSG WHV Nr. 88 "Maade-Barghauser See-Fort Rüstersiel" (UmwA 14.11.)
Vorlage: 0285/2017**

Beschluss:

Die Erteilung des Einvernehmens zur Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes LSG WHV Nr. 88 „Maade-Barghauser See_Fort Rüstersiel“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP **Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution der Küsten-**
6.3.4 **Landkreise anlässlich der Havarie der "Glory Amsterdam" vom**
 29. Oktober 2017 vor der Insel Langeoog

Herr Landrat Ambrosy erläutert die Resolution anlässlich der Havarie der Glory Amsterdam. Durch Herrn Landrat Holger Heymann hat der Landkreis Wittmund diese als erster Kreis der Küstenkreise geschlossen. Diese Resolution betrifft alle Städte und Landkreise, die die Kommunen an der Nordseeküste repräsentieren.

Unter dem Motto: „Nur in der Gemeinschaft sind wir stark“ verweist Herr Landrat Ambrosy auf die bestehenden Forderungen der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordsee (SDN), die ein einheitliches Havarie-Konzept für dringend notwendig erachtet. Bei starkem Ölaustritt durch eine Havarie stünde der Landkreis alleine da; dies brächte katastrophale Folgen für Umwelt, Küste, Wirtschaft und Tourismus mit sich.

Bislang besteht nur eine Zersplitterung von Zuständigkeiten, die inzwischen halbwegs durch Staatsverträge gebündelt wurde, hierbei ist jedoch erheblicher Verbesserungsbedarf gegeben.

Ob in der Deutschen Bucht die 3 Schiffe und deren Leistungen ausreichen und das Thema Befehlsgewalt muss beobachtet und untersucht werden. Es bedarf zudem einer dringenden Aufklärung, warum es zu dieser Havarie vor Langeoog kommen konnte.

Die Resolution wird vom Landkreis aus drei Gründen unterstützt:

- 1. Vollständige Aufarbeitung des Vorfalles
- 2. Havariekommando, zur Berücksichtigung aller Eventualitäten
- 3. Zur Verfügung Stellung aller notwendigen Materialien

Herr Landrat Ambrosy sichert dem Landkreis Wittmund seine vollste Unterstützung zu, denn das Schiff hätte auch vor Wangerooge oder einem anderen Küstenabschnitt unserer deutschen Küste havariieren können. Auf diesem Weg bedankt er sich einmal bei dem Landkreis Wittmund und appelliert an den Kreistag Friesland auf dessen Zustimmung.

Herr KTA Lies verweist darauf, dass diese Themen im Bereich des Bundes beraten werden. Er bestätigt die Resolution als richtiges und wichtiges Signal, welches im ersten Schritt auf regionaler Ebene diskutiert werden sollte, aber endlich dank des Kreistags Wittmund auf den Weg gebracht wurde und inzwischen in Hannover angekommen ist.

Hierzu ist im Januar ein Treffen mit allen betroffenen Bürgermeistern und Landräten geplant.

Die Herren KTA Ratzel und KTA Harms machen das Ausmaß des Vorfalles noch einmal sehr deutlich und fordern eine schnellstmögliche Lösung.

Beschluss:

Die gemeinsame Resolution der Küsten-Landkreise wird unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP 6.4 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 13. Dezember 2017

TOP 6.4.1 Jahresabschluss des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2014; Beschluss über den Jahresabschluss und die Entlastung des Landrates (WTKF 12.12.) Vorlage: 0316/2017

Für die Beschlussfassung verlässt Herr Landrat Ambrosy kurzzeitig die Runde.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2014 des Landkreises Friesland.
2. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
4. Der Kreistag erteilt dem Landrat gem. § 129 Abs. 1 NKomVG für den Jahresabschluss 2014 Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Landrat kehrt zurück.

TOP 6.4.2 Finanzbericht der Kreisverwaltung Friesland zum 3. Quartal 2017 (WTKF 12.12.)

Herr Landrat Ambrosy verdeutlicht noch einmal, dass der Landkreis einen „echten“ Überschuss in Höhe von 2 Mio. Euro erwirtschaftet hat. In dem Gesamtüberschuss in Höhe von 10 Mio. Euro sind bereits 8 Mio. Euro als Rückerstattung des Landes Niedersachsen für die Flüchtlingshilfe (wurde in eigener Zuständigkeit des Landkreises durchgeführt) enthalten.

Der Landkreis möchte die Städte und Gemeinden aufgrund der geleisteten Integrationshilfe und unter Anerkennung der hervorragenden Zusammenarbeit mit einer Gesamtsumme von 2,92 Mio. Euro entlasten. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Ausgabe des Landkreises ohne rechtliche Grundlage, welche jedoch aus guten politischen und moralischen Gründen für erforderlich angesehen werden. Durch diese Entlastung wird sich folglich eine Verbesserung der Liquidität für die Städte und Gemeinden ergeben.

Dieser Vorschlag wird im nächsten Tagesordnungspunkt unterbreitet.

Der Finanzbericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.4.3 Haushaltsentwicklung in den Jahren 2016 und 2017 (WTKF 12.12.) Vorlage: 0319/2017

Herr KTA Ratzel erinnert, im Zusammenhang mit dem Beschluss des Haushaltes 2017, an das Versprechen des Landkreises den Städten und Gemeinden am Ende des Jahres etwas zurückzuzahlen, wenn die Finanzsituation dies zulasse. Er sieht dieses Versprechen durch die vorgeschlagene Entlastungszahlung an die Städte und Gemeinden in Höhe von 2,92 Mio. Euro mehr als erfüllt.

Herr KTA Chmielewski erhofft sich, dass insbesondere die Bürgerinnen und Bürger von dieser Entlastungszahlung Kenntnis erlangen. Er stellt zudem fest, dass Haushaltsüberschüsse sinnvoll eingesetzt werden. Eine wichtige infrastrukturelle Maßnahme ist der Breitbandausbau, bei dem der Landkreis die Kommunen finanziell entlastet. Hier hofft Herr Chmielewski auf die Wertschätzung der Kommunen, da den Städten und Gemeinden dadurch ein schnelles Internet zur Verfügung gestellt wird. In diesem 2-geteilten Beschlussvorschlag wird die Bahnumfahrung Sande von der Gruppe MMW/Die Linke mitgetragen, um die Gemeinde Sande zu unterstützen.

Herr KTA Damm vertritt die Meinung der CDU, dass es nicht Aufgabe des Landkreises sei kurzfristig in Finanzierungslücken der Kommunen bei Infrastrukturprojekten einzugreifen. Er vergleicht hier mit der Infrastruktur anderer Kommunen, für die ansonsten ebenfalls finanzielle Unterstützung geleistet werden könnte. Die CDU wird gegen den Zuschuss stimmen

Frau KTA Schlieper bezeichnet das Infrastrukturprojekt in Sande als ein Jahrhundertprojekt. Die Finanzierungsvereinbarung sei vor 10 Jahren ohne Beteiligungspflicht des Landkreises geschlossen worden. Aus diesem Grund sollte der Landkreis, insbesondere aufgrund der guten Finanzsituation, die Gemeinde Sande unterstützen. Sie verweist dabei auf andere Gemeinden, die in der Vergangenheit durch den Landkreis unterstützt wurden. Grundsätzlich wird die Region von der Maßnahme profitieren. Die Gruppe SPD/Grüne/FDP wird den Zuschuss für die Gemeinde Sande unterstützen.

Herr Landrat Ambrosy führt zum Breitbandausbau aus, dass für die Gesellschaft, durch die zusätzliche Ausstattung mit 1,5 Mio. Euro, kein Kreditbedarf besteht. Somit stünden ca. 80.000-90.000 Euro als freie Spitze zur Verfügung, die in Form von Zins- und Tilgungsleistung eingesetzt, ein Vielfaches bringen würden. Dadurch sind noch mehr Zukunftsinvestitionen möglich.

Herr Ambrosy macht deutlich, dass diese Investitionen in die Infrastruktur dringend erforderlich sind und Eile geboten ist.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die aufgeführten über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017.

2-geteilte Abstimmung:

a) Die nachfolgenden übrigen über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen werden beschlossen:

2,92 Mio. Euro	P1.03.31.313000.410	Außerplanmäßige Aufwendungen	Integrationskostenpauschale
75.000 Euro	I1.170059.525	Überplanmäßige Auszahlung	(Rest-) Zuschuss an das Hospiz Varel
1,5 Mio. Euro	I1.160030.520	Außerplanmäßige Auszahlung	Kreditbedarf Breitbandfördergesellschaft
20.000 Euro	I1.110009.520	Außerplanmäßige Auszahlung	Zuschuss Waisenstift Varel Sanierung „Regentenzimmer“

- b) Die beantragte Zuweisung an die Gemeinde Sande für den Bahnausbau (580.000 Euro) (wenn sowohl die Stadt Wilhelmshaven als auch das Land Niedersachsen eine Beteiligung ausschließen)

Abstimmungsergebnis:

zu a) einstimmig zugestimmt

zu b)

Ja:	31
Nein:	11

= mehrheitlich beschlossen

**TOP 6.4.4 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung für die Beschaffung eines Abrollbehälters Logistik für die Kreisfeuerwehr (WTKF 12.12.)
Vorlage: 0317/2017**

Beschluss:

Für die Beschaffung eines Abrollbehälters Logistik für die Kreisfeuerwehr wird zusätzlich zu dem Haushaltsansatz des Jahres 2017 (50.000,- €) eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von höchstens 30.000,- € genehmigt.

Die Deckung erfolgt innerhalb des investiven Budgets des Fachbereichs Ordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**TOP 6.4.5 Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 (WTKF 12.12.)
Vorlage: 0315/2017**

Bei den Fraktionen bedankt sich Herr Landrat Ambrosy für die Beratungen, Tipps und Kritiken. Resümierend der allgemein guten Finanzlage, bzw. der guten Einnahmesituation des Landkreises Friesland und der Städte und Gemeinden, ist selbstverständlich auch im Hinblick auf die Ausgabenseite die Unterstützung der einen oder anderen Kommune durch den Landkreis Friesland gewährleistet. Durch die erheblichen Einsparungen, die der Landkreis in 10 Jahren mit Disziplin und Gemeinschaftsgeist vorgenommen hat, konnten zukunftsorientierte Spielräume erarbeitet werden. Zur Nutzung finanzieller Spielräume, die schon vorhanden sind, gibt er einen Ausblick auf Integrationshilfe sowie die anstehenden Verhandlungen über die Beteiligung an den Betriebsmittelkosten für Kindertagesstätten. Diese Zukunftsaufgaben, für die bereits verbindliche Gespräche in der Bürgermeisterkonferenz geführt wurden, legten bereits den verbindlichen Einstieg in das Kindergartenjahr zum 01.08.2018 fest. Die Kindertagesstätten-Betreuung ist und bleibt nach SGB VIII in der Zuständigkeit des Landkreises. Der Landkreis macht hier ein Mitspracherecht geltend, um verbesserte Lebensbedingungen für Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Städte und Gemeinden zu erzielen. Aufgrund des harten Spardiktats, welches der Landkreis in der Vergangenheit verfolgte und der aktuell ordentlichen Steuererträge, fällt die Prognose für das Jahr 2018 noch einmal so gut aus, wie schon im Jahre 2017. Dies stünde in Abhängigkeit zur Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und zur Weiterentwicklung des Themas Fachkräftegewinnung.

Die Städte und Gemeinden bilden zusammen mit dem Landkreis 9 Kommunen, die in unterschiedlicher Zuständigkeit gemeinsam am Vorankommen des Landkreises, insbesondere der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft, der Kultur und aller sozialen Belange, interessiert sind. Es ist wichtig neben Themen, wie Verteilung und Kreisumlage, die Verantwortlichkeit für Inhalte und die Diskussion über Inhalte im Auge zu behalten, damit auch die Bürgerinnen und Bürger dem Ganzen ein Gehör schenken.

Frau KTA Schlieper stimmt den Ausführungen des Landrates zu und fährt mit den Anträgen der Gruppe SPD/Grüne/FDP im Einzelnen fort. Sie plädiert für Bildung, keine neuen Schulden und die soziale, ökologische und wirtschaftliche Weiterentwicklung Frieslands.

Für unbedingt erforderlich erachtet sie die Umsetzung des Masterplans für Bildung zur Schaffung guter Schulen. Diese vorrangigen Aufgaben lassen keine Verschiebung, wie von den Bürgermeisterinnen gefordert, zu. Das gleiche macht sie für den Masterplan Straßen und Radwege geltend.

Die verbindliche Zusage zur Beteiligung an den Betriebsmittelkosten der Kindergärten, wird vorbehaltlich der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Niedersachsen erteilt. Für die Frühförderung sind 800.000,00 Euro Mehrausgaben in 2018 geplant, um eine höchstmögliche Chancengleichheit im gesamten Landkreis zu erreichen, als bisher überwiegend die Hilfen zur Erziehung. Der gesamte Fachbereich Jugend, Familie, Schule, Gesundheit erhält im Jahr 2018 einen Zuschuss von 9 Mio. Euro.

Die Laufbahn der Kinder stellt schon mit dem Erlernen des Schwimmens als elementare Fähigkeit einen überaus wichtigen Faktor dar. Aus diesem Grund wurde den anderen Anträgen, zur reinen Subventionierung, eine Absage erteilt.

Im Bereich Kultur ist die intensive Zusammenarbeit mit der Landesbühne Wilhelmshaven und der Stadt Wilhelmshaven geplant. Eine weitere enorm wichtige Zukunftsinitiative ist der Breitbandausbau. Dringender Vollzug in den Schulen muss oberste Priorität haben, damit vor allem die Kinder profitieren. Mit der Fördergesellschaft lässt sich im Bildungsbereich eine Menge erreichen.

Im Jahr 2018 steht zudem der Nahverkehrsplan des ÖPNV ganz oben auf der Tagesordnung. Eine Verbesserung der Angebote und Tarifstrukturen ist anvisiert, dadurch ergibt sich eine Neuorganisation des ÖPNV im Landkreis Friesland.

Die Einrichtung der Hebammenzentrale hat die Friesland Kliniken auf einen sehr guten Weg gebracht, auch die Errichtung des Hospizes im Südkreis kommt sehr positiv an. In diesem Zusammenhang wird Frau Schlieper ihren diesjährigen Anteil an Aufsichtsratsbezügen von der EWE der Hospiz-Initiative als Spende zukommen lassen.

Abschließend lobt sie die Einsatzbereitschaft der Beschäftigten des Landkreises und schreibt ihnen den größten Anteil am Erfolg des Landkreises zu.

Für die außerordentliche Leistung spricht sie ihren Dank und ihre Anerkennung aus. Die genehmigten Stellen im Stellenplan bedeuten eine große Entlastung für die Beschäftigten.

Zur Höhe der Kreisumlage stellt sie fest, dass diese fast an den Landesdurchschnittswert heranreicht und im Positiven eine Entwicklung nach oben bedeutet. Diese positive Entwicklung des Landkreises Friesland bestätigen entsprechende Kennzahlen.

Aus diesem Grund wird der Vorschlag der Verwaltung zur Senkung der Kreisumlage um 0,3 Punkte mitgetragen. Zum Schluss ergeht nochmals ein besonderer Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung.

Herr KTA Chmielewski ergreift für die Gruppe MMW/ Die Linke das Wort und erklärt vorweg, dass er dem Haushalt ebenfalls zustimmen wird. Er begrüßt die positive Wirtschaftsentwicklung und die sprudelnden Steuereinnahmen. Den vorgenannten Ausführungen zu den Einschnitten bei den Beschäftigten schließt er sich an und verweist auf den Stellenplan, der neue Stellen möglich macht. Dennoch gibt er zu bedenken, dass der Landkreis nicht schuldenfrei ist – die Schulden belaufen sich auf 56 Mio. Euro. Aus diesem Grund wird er nicht dem Antrag der CDU Fraktion folgen. Einen wichtigen Schritt stellt der Einstieg in die Betriebsmittelkostenbeteiligung der Kindergärten dar. Der Haushalt 2018 lässt eine positive Prognose zu, so dass die Fraktionen die verfügbare sogenannte freie Spitze in Höhe von ca. 1,1 Mio. Euro zur Entlastung der Kommunen bereits in diesem Jahr zur Beteiligung an den

Betriebsmittelkosten der Kindergärten, einplanen sollten. Er fordert dazu auf hier eine Rücklage für den Einstieg in das Kindergartenjahr ab August 2018 zu bilden.

Herr Chmielewski schließt sich dem herzlichen Dank gegenüber den Mitarbeitern der Verwaltung an.

Auch Herr KTA Damm dankt zunächst allen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Im Namen der CDU Kreisfraktion stellt er fest, dass der Landkreis sich in einer finanziell, durchaus komfortablen Situation befindet und verweist damit auf den Finanzmittelbedarf der Städte und Gemeinden, welcher Grundlage seiner Anträge ist. Insbesondere die Anträge auf Zuschussgewährung zu den laufenden Kosten der Kindertagesstätten in den Städten und Gemeinden und auf Betriebskostenzuschuss für Schwimmbäder, die Schul- und Kindergartenschwimmen anbieten, hebt er hervor. Das Ziel sollte sein die Kommunen deutlich in ihren Aufgaben zu entlasten und deswegen die Kreisumlage nicht in bisheriger Höhe bestehen zu lassen. Seine beiden Anträge – Förderung der Kindertagesstätten und Finanzierung der Schwimmbäder – zieht er, aufgrund der Ablehnung im Wirtschafts- und im Kreisausschuss, zurück.

Herr Damm stellt für die CDU Kreisfraktion den Antrag sich der Forderung der Gruppe ZV/UWG/SWG auf Senkung der Kreisumlage auf 48 Punkte anzuschließen.

Der CDU-Antrag auf Neuorganisation des ÖPNV wird weiter beraten, der zweite Teil des Antrags zur kostenfreien Nutzung des ÖPNV für Schüler/innen und Auszubildende der Klassen 11 bis 13 in der Region Friesland, bleibt aufrecht erhalten. Der dritte Teil – Freigabe des begleiteten Fahrens mit 17 Jahren auf dem direkten Weg zum Ausbildungsplatz, wenn sonst keine Chance auf öffentlichen Personennahverkehr besteht, wird wegen der grundlegenden Argumentation des Landrates und des Straßenverkehrsamtes, zurückgezogen.

Grundsätzlich erteilt Herr KTA Neugebauer für die Gruppe ZV/UWG/SWG seine Zustimmung zum Haushalt, jedoch fehlen ihm die Punkte zur Entlastung der Kommunen bzw. zur Rückzahlung der freien Spitze an die Kommunen, weshalb seine Gruppe geschlossen für die Senkung der Kreisumlage ist. Seines Erachtens erfordert die Kreisumlage von den Städten und Gemeinden die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung. Der Antrag auf Senkung der Kreisumlage wird nicht nur aufrecht gehalten, sondern um die Senkung auf 48 Punkte erweitert.

Hierzu gibt Herr KTA Chmielewski zu bedenken, dass die Senkung der Kreisumlage zur Folge hat, dass die Aufgabenstellungen und die Verteilungen sich verändern. Dem Landkreis Friesland obliegt die Aufgabe der Umverteilung, dagegen würde es keinen Nutzen bringen, den Städten und Gemeinden die Gelder frei zur Verfügung zu stellen. Demzufolge müsste sich der Landkreis beispielsweise die Aufgabe der Betriebsmittelkostenbeteiligung der Kindergärten wieder aneignen und selber auszuführen. Die Kommunen sollen in Form einer Rückstellung entlastet werden, womit ein Zuschuss der Betriebsmittelkosten für das Kindergartenjahr ab dem 01.08.2018 realisierbar ist. Eine rückläufige Wirtschaftslage birgt im Falle einer Nichterzielung der im Jahr 2018 geplanten 6 Mio. Euro die Gefahr, dass folglich eine Erhöhung der Kreisumlage notwendig wird. Abschließend verweist Herr Chmielewski nochmals auf die Dringlichkeit des Breitbandausbaus und die Wichtigkeit die Fördergesellschaft mit Eigenkapital auszustatten.

Frau KTAe Zerth (AfD) schließt sich in der Debatte um die Kreisumlage und einige andere Punkte der Meinung der Gruppe MMW/Die Linke an, kann aber einzelne Aufgaben, wie den Klimaschutz, nicht unterstützen. Aus diesem Grund lehnt die AfD den Haushalt 2018 ab.

Herr Landrat Ambrosy spricht sich bei der Entlastung der Kommunen im Haushalt 2018 nicht nur für die Senkung der Kreisumlage um 0,3 Punkte aus. Initiiert durch den Antrag der CDU, die Hilfe für Erziehung pro Kind/ Monat von 48,00 Euro auf 75,00 Euro anzuheben, hat der Landkreis hier sogar 100,00 Euro pro Kind/ Monat veranschlagt. In seiner Ausgleichsfunktion gegenüber den Städten und Gemeinden trägt der Landkreis die gemeinschaftliche Verantwortung aus dem Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII). In den Städten und Gemeinden liegen unterschiedliche Betreuungssituationen vor, wobei die Kommunen bereits sehr gute Arbeit beim Ausbau von Kindertagesstätten und Krippenplätzen geleistet haben. Vorbildlich ist

die Quote von über 60 % der bereits beschlossenen Krippen Ausbaupläne im ländlichen Raum. Es gilt die Erzielung weiterer Steigerungen, die Modalitäten, Randstunden- und Ganztagsbetreuung zu besprechen – hier sind Verhandlungen mit den Städten und Gemeinden notwendig. Der Fachkräftemangel stellt einen weiteren wichtigen Punkt dar. Die Auszahlung der Betriebskostenmittelzuschüsse wird im Jahr 2018 versichert, ggf. auch rückwirkend zum 01.08.2018. Als Fazit bleibt festzustellen, dass alle Städte und Gemeinden, ausgenommen derzeit die Gemeinde Wangerooge, liquide sind und keinerlei Kredite bedienen müssen. Die 560.000,00 Euro werden jährlich fortgeschrieben und dienen zur stetigen Entlastung der Städte und Gemeinden; die Zuschüsse zu den Betriebsmittelkosten der Kindertagesstätten werden kontinuierlich über Vertrag geregelt. Diese Vorgehensweise stellt eine größere Sicherheit dar, als die reine Senkung der Kreisumlage.

Herr KTA Funke vergleicht die Kreisumlage mit einer Art Steuer. Aufgrund der Rechtslage ist eine jährliche Prüfung der Höhe der Kreisumlage zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung des Landkreises erforderlich. Die Kreisumlage stellt eine Variable dar, die nach Prüfung der Aufgabenerfüllung des Landkreises angehoben oder gesenkt werden kann; dabei ist sie immer auf den aktuellen Stand abzustellen. Herr Funke fordert aufgrund der Ausgleichsfunktion eine Grundsatzentscheidung. Entgegen der Kreisumlage kritisiert er die vom Landkreis mit Auflagen verbundenen Entlastungen und weist nochmals deutlich darauf hin, dass die Kreisumlage als Finanzierungsinstrument einer jährlichen Neufestsetzung bedarf. Aufgrund der aktuellen finanziellen Lage ist die Kreisumlage zu senken.

Herr KTA Ratzel schließt sich der Forderung einer Grundsatzentscheidung an, stellt aber grundsätzlich die Erforderlichkeit der Kreisumlage fest. Er lehnt die Anträge zur Senkung der Kreisumlage ab, da hierzu entsprechende Gegenfinanzierungsvorschläge fehlen.

Herr KTA Homfeldt macht nochmals darauf aufmerksam, dass die Kommunen aus ihrer finanziellen Lage heraus und aufgrund von Sanierungsstaus keine Möglichkeit zur Aufstellung von Masterplänen haben. Diese wären ohne die Aufnahme von Krediten nicht bezahlbar. Die Stärkung der Kommunen zur Sicherung ihrer Aufgaben, ohne die Verschuldung zu erhöhen, sei notwendig. Als Beispiel dient hierbei die dringend überfällige Sanierung des Rathauses Sande, welche eine massive Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern einschließt. Der Forderung von KTA Funke, die Kreisumlage von Jahr zu Jahr neu festzulegen, schließt sich Herr Homfeldt an.

Herr Landrat Ambrosy widerspricht Herrn KTA Funke dabei, dass Entlastungen gegenüber der Kommunen an Auflagen gebunden, gewährt wurden. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2003 wurden Liquiditätshilfen oder Infrastrukturmaßnahmen noch nie mit Auflagen versehen. Für die Aufgabe nach dem SGB VIII liegt die Zuständigkeit beim Landkreis und es besteht Berichtspflicht gegenüber dem Land Niedersachsen. Da hierbei gleiches Amtsverständnis zwischen dem Landkreis und den Städten und Gemeinden herrscht, bedarf es hierzu keiner weiteren Regelungen.

Zum Thema Haushalt teilt Herr Landrat Ambrosy mit, dass die Ist-Zahlen für das Jahr 2017 noch bekanntgegeben werden, sobald die Zahlen des Ministeriums des Innern (MI) vorliegen. Das Ergebnis könnte, unter Vorbehalt und unter Voraussetzung der Gewerbesteuer, die aufgrund von starken Schwankungen, mittelfristig nicht planbar ist, sehr positiv ausfallen. Hierbei ist eine Ausgleichsfunktion von Land und Bund erforderlich, welche zum Teil über Schlüsselzuweisungen bereits erfolgt. Bedauerlicherweise finden auf kommunaler Ebene immer wieder Verteilungskämpfe statt, weil sich das Land und der Bund nicht beteiligen. Erstrebenswert wäre ein Zusammenschluss der 9 Kommunen, um gemeinsam die finanziellen Mittel gegenüber dem Land und dem Bund einzufordern. Die Kommunen müssen hierzu wieder zu einer Einheit gereichen.

Herr KTA Neugebauer erklärt, dass im Gegenzug zur Senkung der Kreisumlage die freie Spitze zur Gegenfinanzierung mit eingerechnet werden könnte. Zudem stehe die Erhöhung der Personalkosten mit 900.000 Euro zur Verfügung, da diese nicht schon zum 01.01.2018 benötigt werden würde. Andernfalls müssten die Investitionen auf die Entlastungen der

Kommunen ausgerichtet werden. Herr Neugebauer gibt diese Gegenfinanzierungsvorschläge zur Kenntnis.

Herr KTA Chmielewski fordert eine ständige und nachhaltige Förderung für die Kommunen, um eine dauerhaften Entlastung bei der Bezuschussung der Betriebsmittelkosten der Kindertagesstätten zu gewährleisten. Die genannten Gegenfinanzierungsvorschläge stellt er in Frage, da zum einen die, zur Entlastung der Kommunen, gestützten Anträge zurückgezogen wurden und zum anderen eine derartige Senkung der Kreisumlage beantragt wird.

Herr KTA Damm begründet den neuerlichen Antrag der CDU Kreisfraktion auf Senkung der Kreisumlage auf 48 Punkte mit einer Gegenfinanzierung durch die sogenannte freie Spitze in Höhe von ca. 1,4 Mio. Euro und dem Vorhandensein übriger finanzieller Mittel im Haushalt.

TOP 6.4.5.1 Antrag der CDU-Kreisfraktion Friesland; Zuschussbedarf Kindertagesstätten

Der Antrag wird seitens der Fraktion zurückgezogen.

TOP 6.4.5.2 Antrag der Gruppe MMW/Die Linke betr. Einstieg in die Kostenbeteiligung der Betriebskosten der Kitas

Herr KTA Chmielewski erläutert und bewirbt noch einmal den Antrag. Im ersten Teil soll eine Festsetzung der freien Spitze in Höhe von 1,4 Mio. Euro für den Einstieg in die Betriebsmittelkosten der Kindertagesstätten im Haushalt 2018 – zu sofort – erfolgen. Im zweiten Teil verweist er auf den vorbehaltlichen Zuschuss an die Kindertagesstätten, in Abhängigkeit an die ausstehende Koalitionsbildung des Landtages.

Beschluss:

- a) Der Kreistag beschließt, dass die freie Spitze von rund 1,4 Millionen Euro, d.h. den prognostizierten Haushaltsüberschuss in 2018, als Kostenpauschale zur Finanzierung der Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt wird.

- b) Der Kreistag beschließt, dass im 3. Quartal 2018 in einem zweiten Schritt eine spürbare, institutionalisierte Entlastung der Kosten für die Betriebsmittel der Kitas, auf der Grundlage von gesicherten Fakten, in seiner zukünftigen Höhe auf den Weg gebracht wird.

Abstimmungsergebnis:

zu a.)

Ja:	2
Nein:	39
Enthaltung:	1

= mehrheitlich abgelehnt

zu b.) einstimmig zugestimmt

TOP 6.4.5.3 Antrag der CDU Kreisfraktion Friesland: Betriebskostenzuschuss der Schwimmbäder

Der Antrag wird seitens der Fraktion zurückgezogen.

TOP 6.4.5.4 Antrag der Gruppe SPD/Grüne/FDP betr. Initiative "Kinder in Friesland lernen Schwimmen"

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	2
Enthaltung:	10

= mehrheitlich beschlossen

**TOP 6.4.5.5 Antrag der CDU Kreisfraktion Friesland: Neuorganisation des ÖPNV, Verbesserung der Schülerbeförderung (insbesondere kostenlose Schülerbeförderung ab der 11. Klasse) und Freigabe des Führerscheins mit 17 (WTKF 12.12.)
Vorlage: 0320/2017**

Herr KTV Pauluschke erklärt, dass die CDU Kreisfraktion ihren Antrag auf die Schülerbeförderung für Schüler/innen und Auszubildende der Klassen 11 bis 13 reduziert hat. Auf den Antrag der Verwaltung, mit ähnlichem Inhalt, wird hingewiesen.

Herr Landrat Ambrosy regt an, im Hinblick auf die ausstehende Koalitionsbildung des Landtages in Hannover und deren weiteren Entwicklung, welche eine mögliche Kostenübernahme des ÖPNV für Schüler seitens der Landesregierung vorsieht, den Antrag der CDU Kreisfraktion nicht zur Abstimmung zu stellen.

Herr KTA Homfeldt stellt die Dringlichkeit der Kostenbefreiung für die Schülerinnen und Schüler, aber auch deren Eltern dem entgegen und macht auf die finanzielle Belastung aufmerksam. Er fordert ein beschleunigtes Handeln. Der Landkreis solle die Schülerbeförderung von der Wiege an kostenfrei gestalten und das, so schnell, wie möglich.

Herr KTA Lies sieht hier ebenfalls die Verpflichtung bei der Landesregierung. Es müssen ca. 70-80 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden zur Realisierung der kostenfreien Schülerbeförderung. Es müsse der Druck durch Forderungen aufrechterhalten werden, um ein klares Signal in Richtung des Landtages zu senden. Eine eigene Finanzierung durch den Landkreis könnte bedeuten, dass hierfür die benötigten finanziellen Mittel vom Land ausbleiben.

Herr Landrat Ambrosy verdeutlicht hierzu noch einmal die Zuständigkeit des Landes und nicht des Landkreises. Darüber hinaus wurden weitere Mittel zur Optimierung des ÖPNV vom Land angefordert.

Herr KTA Homfeldt hebt hierbei noch einmal die hohen Belastungen für die Schülerinnen/ Schüler und deren Eltern und damit die Dringlichkeit des Handelns hervor.

Beschluss:

- a) Antrag der CDU in geänderter Fassung:
Der Kreistag beschließt, dass Schüler im Sekundarbereich II und Besucher der Berufsbildenden Schulen und zum Ausbildungsbetrieb im Landkreis Friesland die vorhandenen öffentlichen Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs kostenlos benutzen dürfen
- b) Antrag der Verwaltung, wie vom Kreisausschuss beschlossen.
Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler Optimierung des ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger.

Abstimmungsergebnis:

zu a)

Ja:	14
Nein:	25
Enthaltung:	3

= mehrheitlich abgelehnt

zu b)

Ja:	32
Nein:	10

= mehrheitlich beschlossen

TOP Antrag der Gruppe ZV/UWG/SWG und der CDU Kreisfraktion Friesland: Senkung der Kreisumlage um 1,5 Punkte auf 48,5 Punkte

Der Antrag wurde durch die Gruppe ZV/UWG/SWG eingereicht und die CDU Kreisfraktion Friesland schließt sich diesem Antrag an.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	26

= mehrheitlich abgelehnt

TOP Stellenplan 2018

6.4.5.6

Beschluss:

Der Stellenplan des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2018 – mit gesonderter Ausweisung der Stellen des in den Einrichtungen

- Volkshochschule und Musikschule Frielsand – Wittmund gGmbH
- Rettungsdienst Friesland gGmbH
- Zweckverband Abfalldeponie Friesland/Wittmund
- Zweckverband Veterinäramt JadeWeser
- Zweckverband Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven

beschäftigten Personals des Landkreises wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	15

= mehrheitlich zugestimmt

TOP Gesamtabstimmung zum Haushaltsplan 6.4.5.7 (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018

Im Anschluss an die Erörterungen und Einzelbeschlüsse zu den gestellten Anträgen sowie zum Stellenplan 2018 erfolgt sodann die Abstimmung zum Haushalt 2018.

Gesamt-Beschluss:

Dem Haushaltsplan 2018 (Ergebnis- und Finanzhaushalt) mit allen vorstehend eingebrachten Positionen sowie der nachstehenden Haushaltssatzung wird zugestimmt.

Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2018

Auf Grund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 18.12.2017 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1. **im Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf **199.454.910 Euro**
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf **191.779.466 Euro**
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf 0 Euro
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf 0 Euro

2. **im Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **195.773.861 Euro**
 - 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **181.582.360 Euro**

 - 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit **5.067.000 Euro**
 - 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit **18.219.530 Euro**

 - 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit **1.098.779 Euro**
 - 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit **2.137.750 Euro**

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes 201.939.640 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes 201.939.640 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **1.038.971 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **7.438.430 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2018 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **15.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **50,0 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 18.12.2017

LANDKREIS FRIESLAND

(Ambrosy)
Landrat

Abstimmungsergebnis:

Ja:	24
Nein:	18

= mehrheitlich zugestimmt

TOP 6.4.6 Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/FDP betr. Nahverkehrsplan / Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (WTKF 12.12.)

Beschluss:

Der Landkreis Friesland prüft im Rahmen der Aufstellung des Nahverkehrsplans in 2018 eine Kooperationsvereinbarung für

den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN) bzw. der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG)

Die Verwaltung wird beauftragt, wenn möglich in Kooperation mit dem Landkreis Wittmund und der Stadt Wilhelmshaven:

1. mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN) sowie dem Land Niedersachsen bzw. der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) als Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Aufgabenträger, tarifliche Kooperationsmodelle für Verkehre in das und aus dem Gebiet des VBN zu prüfen, finanziell zu bewerten (einmalige und laufende Kosten für die kommenden 10 Jahre) und eine entsprechende Kooperationsvereinbarung vorzubereiten.

2. die Möglichkeiten von Übergangstarifen auf den Schienenstrecken Wilhelmshaven über Sande und Varel sowie Esens über Sande in das Gebiet des VBN, ggf. auch mit der Niedersachsentarif GmbH – NITAG, zu prüfen und eine entsprechende Vereinbarung vorzubereiten.

3. parallel mit dem Land Niedersachsen bzw. der LNVG Fördermöglichkeiten für die zu entwickelnden tariflichen Kooperationsmodelle auszuloten und zu beanspruchen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst gemeinsam mit kommunalen Nachbarn zu eruieren, wie teuer ein Gutachten zum Kostenvergleich einer Vollmitgliedschaft im ZVBN gegenüber VEJ ist und das Prüfergebnis vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP **Gewährung eines Zuschusses für die geplante Deichrampe in Harlesiel (WTKF 12.12.)**
6.4.7 **Vorlage: 0330/2017**

Beschluss:

Ohne Anerkennung einer Rechtspflicht wird der Gewährung eines Zuschusses für die geplante Deichrampe in Harlesiel in Höhe von einmalig 50.000 € gemäß 2 b ii ebenso wie der Sonderregelung gemäß 2 d (siehe Begründung S. 4) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau-**
6.4.8 **Gesellschaft Friesland mbH (WTKF 12.12.)**
Vorlage: 0324/2017

Der Kreistag folgt der Empfehlung des Kreisausschusses vom 13. Dezember 2017 und fasst nachstehenden ...

Beschluss:

Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH aufgrund der Grundstückseinbringung und der damit verbundenen Erhöhung des Stammkapitals der Stadt Jever an der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.4.9 Landesrechtliche Nachfolgeregelung zu § 45a PBefG zum 01.01.2017(Kommunalisierung des ÖPNV), Erlass einer Richtlinie für eine allgemeine Vorschrift für das Jahr 2018
Vorlage: 0322/2017**

Beschluss:

Dem Erlass der modifizierten Richtlinie für eine allgemeine Vorschrift für das Jahr 2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**TOP 6.4.10 Heranziehung der Städte und Gemeinden zur Durchführung der Aufgaben nach dem SGB XII und AsylbLG; hier Verabschiedung neuer Satzungen mit Wirkung vom 1. Januar 2018
Vorlage: 0325/2017**

Beschluss:

Die beigefügten Satzungen zur Heranziehung der Städte und Gemeinden nach dem AsylbLG - inklusive Protokollnotiz - sowie nach dem SGB XII werden beschlossen. Sie treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Der Beschluss wurde unter TOP 6.2.2 behandelt mit folgendem...

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	6
Enthaltung:	2

= mehrheitlich beschlossen

**TOP
6.4.11 Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die notwendigen Dachabdichtungsarbeiten bei der Oberschule Sande
Vorlage: 0326/2017**

Beschluss:

Der Leistung der außerplanmäßigen Ausgaben von 40.000 Euro für die notwendigen Dachabdichtungsarbeiten bei der Oberschule Sande wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**TOP
6.4.12 Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Sanierung und den Umbau des T-Traktes am Lothar-Meyer-Gymnasium in Varel
Vorlage: 0327/2017**

Beschluss:

Der Leistung der überplanmäßigen Ausgaben von 110.000 Euro für den Umbau und die Sanierung des sogenannten T-Traktes im Rahmen der Generalsanierung des Lothar-Meyer-Gymnasiums in Varel wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**TOP
6.4.13 Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Sanierung und den Umbau des Umkleidetraktes der Sporthalle am Mariengymnasium in Jever
Vorlage: 0328/2017**

Beschluss:

Der Leistung der überplanmäßigen Ausgaben von 140.000 Euro für den Umbau und die Sanierung des Umkleidebereichs der angrenzenden Sporthalle des Mariengymnasiums Jever wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**TOP
6.4.14 Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0332/2017**

Beschluss:

Der **Kreisausschuss** setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglied

- Landrat Sven Ambrosy *)
1. KTA Ulrike Schlieper
2. stv. LR`in Marianne Kaiser-Fuchs
3. KTA Bernd Pauluschke
4. stv. LR KTA Reiner Tammen
5. stv. LR KTA Reinhard Onnen- Lübben

6. KTA Jens Damm
7. KTA Thorsten Krettek

8. KTA Axel Neugebauer

9. KTA **Britta Zerth**

10. KTA Iko Chmielewski

*) Vorsitzender

Vertreter

KTA Michael Ramke
KTA Anne Bödecker
KTA Fred Gburreck
KTA Martina Esser
KTA Gerhard Ratzel

KTA Dirk Zillmer
KTA Lars Kühne

1. Vertr. KTA Heiko Schönbohm,
2. Vertr. KTA Heiner Haesihus
1. Vertr.: KTA Stephan Zerth,
2. Vertr.: KTA **Ronald Harms**
KTA Agnes Wittke

Der **Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft** setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglied

1. KTA Michael Ramke **)
2. KTA Uwe Osterloh
3. KTA Fred Gburreck
4. KTA Holger Ulfers
5. stv. LR Reiner Tammen *)
6. stv. LR Reinhard Onnen-Lübben

7. KTA Jens Damm
8. KTA Claus Eilers
9. KTA Dieter Behrens- Focken

10. KTA Axel Neugebauer
11. KTA Ronald Harms

Vertreter

KTA Dieter Janßen
KTA Anne Bödecker
KTA Bernd Pauluschke
KTA Kathrin Bittner
KTA Walter Langer
KTA Gerhard Ratzel

KTA Dirk Zillmer
KTA Lars Kühne
KTA Heide Bastrop

KTA Heiko Schönbohm
KTA Stephan Zerth

Grundmandate/beratend:

12. KTA Agnes Wittke

Grundmandat nach § 71 Abs. 4 S. 3 NKomVG:

KTA Janto Just

Dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen gehört Herr Just nicht mehr an.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP **Berufung der vom Jugendparlament entsandten beratenden Mitglieder und stellv. beratenden Mitglieder für die Fachausschüsse des Kreistages; Feststellungsbeschluss**
6.4.15 **Vorlage: 0331/2017**

Zunächst begrüßt Herr KTV Pauluschke die Mitglieder des Jugendparlamentes (JuPa) unter Vorsitz von Mustafa Fakhro und stellvertretendem Vorsitz von Nadine Schulze. Die Mitglieder werden einzeln namentlich genannt und unter Applaus für die folgenden Fachausschüsse vorgestellt.

Herr Vorsitzender Fakhro bedankt sich im Namen des JuPa für die Einladung und freut sich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Herr KTV Pauluschke spricht lobend seinen Stolz über die Gestellung eines so funktionsfähigen Jugendparlamentes aus und die damit verbundenen Möglichkeiten für die Jugendlichen, sich an den politischen Entscheidungen des Kreistages, durch ihre beratende Tätigkeit und das Stellen von Anträgen, geschaffen zu haben. Im Namen des Kreistages wird ebenfalls auf eine gute Zusammenarbeit vereinbart.

Das Jugendparlament entsendet seine Mitglieder wie folgt in die Fachausschüsse:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

berat. Mitglied: Merle Onken, Schortens, Stellvertreter: Lukas Becke, Sande

Ausschuss für Bauen, Feuerschutz und Mobilität

berat. Mitglied: Marcel Zeidler, Varel, Stellvertreter: Marina Neumann, Schortens

Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft

berat. Mitglied: Nadine Schulze, Zetel, Stellvertreter: Tjorven Reelf Meyrose, Varel

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen

berat. Mitglied: Wilko Müller, Jever, Stellvertreter: Lukas Becke, Sande

Jugendhilfeausschuss

In seiner Sitzung vom 26. Oktober 2017 hat der Jugendhilfeausschuss darum gebeten, **zwei** beratende Mitglieder des Jugendparlamentes in seine Sitzungen zu entsenden. Das JuPa hat daraufhin seine Nominierung modifiziert.

berat. Mitglieder: Mustafa Fakhro, Jever, und Timith Brandes, Sande;
als einzige Vertretung wurde Marina Neumann, Schortens, vorgeschlagen.

Der Jugendhilfeausschuss ist ein Ausschuss nach besonderen Rechtsvorschriften. Gemäß § 4 I 2 Nds. AG SGB VIII soll die Zahl der beratenden Mitglieder die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder nicht überschreiten. In begründeten Fällen dürfen – da Soll-Vorschrift – Ausnahmen zugelassen werden. In der Satzung des Jugendamtes ist dies zu regeln.

Ausschuss für Schule, Sport und Kultur

Für den Schulausschuss gelten die spezialgesetzlichen, abschließenden Vorschriften des § 110 Nds. Schulgesetz. Für ein weiteres Mitglied aus den Reihen des Jugendparlamentes ist gesetzlich kein Raum im Schulausschuss gegeben. Hier käme somit allenfalls eine bloße Teilnahmemöglichkeit eines Mitglieds des Jugendparlamentes in Betracht. Eine beratende Mitgliedschaft wäre nur für die Bereiche „Sport“ und „Kultur“ denkbar, praktisch aber wegen der Vermengung mit dem Schulausschuss nicht durchführbar.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, ein Mitglied des JuPa bzw. dessen Stellvertreter als „Teilnehmer“ für die öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur zu benennen. Diesen Teilnehmer/innen wird Rede- und ggf. Antragsrecht. eingeräumt wie den beratenden Mitgliedern des JuPa in anderen Fachaus-

schüssen. Zur Abgeltung ihrer Auslagen erhalten diese „Teilnehmer“ bzw. ihre Vertretung pro Sitzung ein Sitzungsgeld von 30 Euro sowie eine Erstattung der Fahrtkosten. (Für die in die übrigen Fachausschüsse entsandten beratenden Mitglieder des JuPa ist ein solcher Zusatzbeschluss nicht erforderlich; im Status „beratendes Mitglied“ erhalten sie über die Aufwandsentschädigungssatzung des Landkreises Sitzungsgeld und Fahrtkosten.)

Das JuPa hat in den **Ausschuss für Schule, Sport und Kultur** – entsandt:

Teilnehmer: Mattis Wilke
Stellvertreterin: Marjatta Mißmahl

Beschluss:

1.

Dem **Jugendhilfeausschuss** gehören zwei weitere Mitglieder mit beratender Stimme an. Diese werden aus den Reihen des Jugendparlamentes Friesland entsandt. Gleichzeitig ist das Jugendparlament berechtigt, bis zu zwei stellvertretende beratende Mitglieder zu entsenden.

Die Satzung für das Jugendamt des Landkreises Friesland wird hinsichtlich der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses entsprechend geändert. (§ 4 Abs. 1 Nds. AG SGB VIII).

2.

Dem Jugendparlament Friesland wird gestattet, aus seinen Reihen ein Mitglied und seinen / ihre Stellvertreter/in in den **Ausschuss für Schule, Sport und Kultur** als Teilnehmer/in an den Sitzungen zu entsenden. Als feste/r Teilnehmer/in ohne Mitgliedsstatus steht ihm / ihr das Recht zu, sowohl öffentlichen als auch nichtöffentlichen Sitzungen beizuwohnen, Wortbeiträge abzugeben und im Namen des Jugendparlamentes Anträge zu stellen.

Zur Abgeltung ihrer Auslagen erhalten der / die in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur entsandte Teilnehmer/in bzw. sein(e)/ ihr(e) Stellvertreter/in ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,-- € pro Sitzung sowie die Erstattung der Fahrtkosten nach BRKG.

Der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur wird gebeten, ebenfalls einen entsprechenden Grundsatzbeschluss zu fassen.

3.

Die durch das Jugendparlament für die Ausschüsse:

- Arbeit und Soziales
- Bauen, Feuerschutz und Mobilität
- Umwelt, Abfall und Landwirtschaft
- Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen
- Jugendhilfeausschuss

benannten und entsandten beratenden Mitglieder und ihre Vertreter werden bestätigt.

Die geänderte Besetzung der Fachausschüsse gemäß der beigefügten namentlichen Aufstellung wird hiermit festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**TOP 6.4.16 Zuordnung von Tätigkeiten des Hauptverwaltungsbeamten zum Hauptamt und Mitteilung des HVB an die Vertretung/den Kreistag gemäß § 81 Abs. 5 Sätze 1 und 2 NKomVG - Nebentätigkeiten
Vorlage: 0337/2017**

Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung zur Zuordnung der vom Landrat Ambrosy wahrgenommenen Tätigkeiten nach Hauptamt, Ehrenamt und Nebenamt werden zur Kenntnis genommen und die entsprechenden Tätigkeiten wie in der beiliegenden Aufstellung dem Hauptamt zugeordnet.
2. Die anliegende Mitteilung des Hauptverwaltungsbeamten über seine Nebentätigkeiten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**TOP 6.4.17 Vereinbarung über die Verlegung einer Leitung durch den OOWV und Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit
Vorlage: 0338/2017**

Beschluss:

Dem Abschluss der beigefügten Vereinbarung über die Verlegung einer Leitung durch den OOWV und die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse ist nicht zu berichten.

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Ausschuss für Arbeit und Soziales vom 12. September 2017

**TOP 8.2 Ausschuss für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom
23. Oktober 2017**

TOP 8.3 Jugendhilfeausschuss vom 26.Oktober 2017

**TOP 8.4 Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 14. November
2017**

TOP 8.5 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 20. November 2017

TOP 8.6 Ausschuss für Arbeit und Soziales vom 4. Dezember 2017

**TOP 8.7 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finan-
zen vom 12. Dezember 2017**

Unter TOP 8 – 8.1 bis 8.7 wurden keine Anträge oder Fragen gestellt.

TOP 9 Mitteilungen des Landrates

Herr Landrat Ambrosy macht alle Anwesenden auf die ausgeteilten, verbesserten Informations- und Kommunikationsmaterialien für die Bürgerinnen und Bürger aufmerksam und hebt einige Punkte hervor.

TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

- behandelt unter den Sachpunkten -

TOP 11 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 12 Anregungen und Beschwerden

Keine Anregungen oder Beschwerden.

Herr KTV Pauluschke schließt die Sitzung des öffentlichen Teils, verabschiedet die Bürgerinnen und Bürger mit einem schönen Weihnachtsgruß und richtet herzliche Worte des Dankes in Richtung der Mitarbeiter der Verwaltung sowie der Presse.

gez.
Bernd Pauluschke
Kreistagsvorsitzender

gez.
Sven Ambrosy
Landrat

gez.
Britta de Vries
Protokoll gem.
Bandaufzeichnung